

FDP-Kreistagsfraktion- Ostholstein

Pressemitteilung

25. Juni 2009

FDP-Kreistagsfraktion spricht sich gegen eine unterirdische Lagerung von CO₂ in Ostholstein aus

Auch wenn der Bundestag die vorgesehene Verabschiedung des Gesetzes zur unterirdischen Einlagerung von Kohlendioxid in der letzten Woche von der Tagesordnung abgesetzt hat, werde sich der Eutiner Kreistag mit diesem Thema in seiner nächsten Sitzung beschäftigen, sagte der Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion in einer Pressemitteilung.

Es lägen nahezu gleich lautende Anträge von mehreren Fraktionen vor, mit denen sich alle gegen eine Speicherung von CO₂ in Ostholstein aussprechen, sagte er weiter.

Auch die FDP-Kreistagsfraktion lehne die Suche nach Lagerstätten und die anschließende Einlagerung von CO₂ ab. Ihre Motive unterscheiden sich jedoch ganz wesentlich von denen anderer Parteien. Die FDP habe sich nicht zu einer überstürzten und populistischen öffentlichen Ablehnung hinreißen lassen, als erste Gerüchte über die Pläne der Firma RWE zur unterirdischen Lagerung von Kohlendioxid bekannt wurden, sagte Breiter. Allzu oft würde durch das Schüren von Ängsten oder aus ideologischen Gründen die Erforschung neuer Technologien abgelehnt.

Dies zeige sich auch bei der Begründung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wenn sie ausführt, die CO₂-Abscheidung diene lediglich der Legimitation, neue Kohlekraftwerke zu bauen.

Der Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion sagte, seine Fraktion habe sich bei der Ablehnung der unterirdischen Speicherung von CO₂ in Ostholstein im Wesentlichen von folgenden Argumenten leiten lassen:

Die CCS-Technologie sei noch nicht ausgereift und bis zur Anwendungsreife würden noch Jahre vergehen. Risiken seien nicht erforscht und die Haftung ungeklärt. Darüber hinaus sei die Wirtschaftlichkeit sehr fraglich, sagte Breiter. Weiterhin handele es sich ganz offensichtlich um eine Übergangstechnologie. Unter diesen Voraussetzungen müsse man sich fragen, ob die Forschungsmittel nicht besser für andere Technologien zur CO₂-Reduzierung und für den Klimaschutz eingesetzt werden sollten.

Aus Sicht der FDP-Kreistagsfraktion sei es zudem absolut inakzeptabel, dass Ostholstein zu einem Endlager von irgendwo in der Republik produziertem CO₂ würde, dafür die Risiken übernehmen müsste, aber an der Nutzung und Entwicklung der Technologie nicht teilhaben könnte, sagte Breiter abschließend.